Frankenberger Tageblatt

Das Tageblatt erscheint an jedem Werktag: Monats-Bezugspreis bei Abholung in den Ausgabestellen der Stadt 1.40 Mk., in den Ausgabestellen des Landbezirks 1.90 Mk., bei Zustellung im Stadtbezirk 1.95 Mk., bei Zutragung im Landbezirk 2.00 Mk. Wochenlose 50 Pfg., Einzelnummer 10 Pfg., Sonntagsnummer 20 Pfg. Postscheckkonto: Leipzig 25301. Girozentralkonto: Frankenberg. Fernsprecher 51. Telegramme: Tageblatt Frankenbergsachsen.

Bezirks-Anzeiger

Anzeigenpreise: Der Grundpreis für die 56 mm breite einspaltige Petitzeile beträgt 20 Goldpfennig, für die 147 mm breite einspaltige Zeile 60 Goldpfennig, für die 75 mm breite Zeile im Nebenbezirk 30 Goldpfennig. Kleine Anzeigen sind bei Aufgabe zu bezahlen. Für Nachweis und Vermittlung 5 Zeilen Grundgebühr. — Für schwierige Satzarten und bei Platzvorschriften Aufschlag. Bei gerichtlichen Beitreibungen und im Wiederholungsfalle Ermäßigung nach bestehender Skala.

dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Flöha, des Amtsgerichts und des Stadtrates zu Frankenberg und der Gemeinde Niederwiesa

Rotationsdruck und Verlag: C. G. Roßberg (Inh. Ernst Roßberg jun.) in Frankenberg. Verantwortlich für die Redaktion: i. V.: Th. Baare, zurzeit in Frankenberg.

№ 157 — Freitag den 8. Juli 1927 nachmittags — 86. Jahrgang

Kurzer Tagesspiegel

Der Reichsrat sprach sich mit 42 gegen 25 Stimmen für die Einführung eines Nationalfeiertages am 11. August aus. Die von Bayern beantragte Erklärung des Gesetzes als verfassungsändernd wurde abgelehnt.

Die Reichstagsfraktion des Zentrums hat beschlossen, im Aeltestenrat einen Antrag auf eine Einberufung einer 6tägigen Reichstagstagung in der letzten Septemberwoche, hauptsächlich zur Beratung des Reichsschulgesetzes einzubringen.

Die Zahl der Todesopfer des Harzer Eisenbahnunglückes beläuft sich nach den endgültigen Feststellungen auf 6.

An der französisch-italienischen Grenze haben sich zwei neue Zwischenfälle ereignet.

In der französischen Kammer kam es gestern mehrfach zu stürmischen Szenen.

Im Heeresausschuß des französischen Senats beziffert Kriegsminister Paknlevé die Stärke der europäischen und kolonialen Truppen Frankreichs auf Grund des neuen Militärgesetzes auf insgesamt 536 700 Mann.

Poincaré ist aus der demokratisch-republikanischen Partei ausgetreten.

In Sowjetrußland sind 11 seinerzeit zum Tode verurteilte angeblich rumänische Spione hingerichtet worden.

Bei einer Dynamitexplosion in einer bulgarischen Dynamitfabrik wurden 6 Arbeiter getötet.

Bei einem Zusammenstoß in Argentinien sind 12 Personen ums Leben gekommen.

Nach Meldungen aus Tientsin muß die Stadt infolge des Vormarsches der Nationaltruppen als unmittelbar bedroht angesehen werden.

Preußen und das Reich

(Von unserem Berliner Vertreter.)

Berlin, 8. Juli.

Die preußische Staatsregierung hat wiederholt Beschwerde darüber erhoben, daß der weitaus größte deutsche Bundesstaat durch die Reichsverfassung insofern stark benachteiligt würde, als er im Reichsrat seine Stimmen nicht einheitlich in die Wagschale werfen könne. In der Tat ist häufig genug vorgekommen, daß die preußischen Provinzialvertreter gegen das preußische Staatsministerium gestimmt haben, was praktisch darauf hinauskommt, daß Preußen sich selber ausschaltet, da seine Stimmen sich gegenseitig aufheben. Wie wir erfahren, ist man sich auch bei den Rechtsparteien des preußischen Landtages klar darüber, daß dieser Zustand für Preußen unwürdig ist, und insbesondere die Deutsche Volkspartei würde unter bestimmten Voraussetzungen jeden Antrag unterstützen, durch den hierin eine Aenderung zugunsten einer einheitlichen Stimmabgabe angestrebt würde, während das Zentrum hiergegen noch starke Bedenken hegt. Die selbstverständliche Voraussetzung dafür, daß die Deutsche Volkspartei dies Bestreben der preußischen Staatsregierung unterstützen könnte, wäre natürlich, daß in der Haltung Preußens im Reichsrat eine grundlegende Aenderung eintreten müßte.

Im Verlauf der letzten Tage konnte man in den Wandelhallen des Reichstages auch von Leuten, die einer Abneigung gegen die preußische Regierung wirklich unverdächtig sind, ganz offen die Ansicht äußern hören, daß es so wie bisher auf keinen Fall weiterginge. Der Grund für diese Erregung, die übrigens auch in keineswegs rechtsstehenden Zentrumsblättern zum Ausdruck kommt, ist das in letzter Zeit immer offener zutage tretende Bestreben Preußens, der Reichsregierung im Reichsrat alle nur erdenklichen Schwierigkeiten zu bereiten. Die Mieterschutzgesetze, die Vorlage zum Schutz der Jugend bei Lustbarkeiten, sind nur einige Stichproben, die sich beliebig vermehren ließen und deren stattliche Anzahl durch die preußische Opposition gegen den Zolltarif würdig gekrönt wird.

Man rechnet in politischen Kreisen nicht mehr damit, daß der Reichsrat, der sich heute wahrscheinlich bis zum 20. September vertagen wird, gegen die vom Reichstag beschlossenen Zolltarife Einspruch erheben wird, da die unseren Informationen nach sehr entschiedenen Vorstellungen des preußischen Landwirtschaftsministers Dr. Steiger bei seinen Kollegen ihren Eindruck nicht verfehlt haben. Wie ganz sicher verlautet, wird aber Preußen heute im Reichsrat noch einmal einen Vorstoß zugunsten des 11. August unternehmen, obwohl ihm genau bekannt ist, daß die Koalitionsparteien des Reichstages, also selbstverständlich auch das Zentrum heute im Rechtsausschuß die Vertagung dieser Angelegenheit bis zum Herbst fordern.

Der zweite Punkt, in dem man das Vorgehen Preußens als illoyal empfindet, ist die Frage einer Abfindung der Standesherren. Wie verlautet, hat die Reichsregierung von Anfang an keinen Zweifel daran gelassen, daß sie Preußen als dem hauptbeteiligten Staat in jeder nur erdenklichen Weise entgegenkommen will. Es haben gemeinsame Ministerbesprechungen stattgefunden und, wie wir von besonderer Seite hören, ist die Reichsregierung sogar nicht abgeneigt, Preußens Wunsch zu erfüllen, wonach die Abfindung auf Grund des Gesetzes über die Aufwertung für Altanleihe-Gläubiger, also mit 12½ v. H., vorgenommen wird. Umsomehr hat das Vorgehen der demokratischen Reichstagsfraktion in dieser Frage Aufsehen erregt, und man ist heute in parlamentarischen Kreisen der Ansicht, daß man um die Frage nicht mehr herumkommen wird, welche Beziehungen zwischen der preußischen Staatsregierung und der demokratischen Reichstagsfraktion bestehen.

Annahme des neuen Kriegsgerätegesetzes Trotzdem neue Feindbundforderungen

Das Kriegsgerätegesetz vor dem Reichstag

Annahme der Arbeitslosenversicherung

Berlin, 7. 7. Auf der Tagesordnung stand die dritte Beratung des Gesetzes über die

Arbeitslosenversicherung.

Dazu legen die Regierungsparteien eine Entschließung vor, die die Reichsregierung ersucht, sobald hinreichende Erfahrungen mit der Arbeitslosenversicherung vorliegen, zu prüfen, ob es im Interesse einzelner Gruppen (Landwirtschaft, Angestellte) liegt und ohne Schaden für die Gesamtversicherung möglich ist, für diese Gruppen Ersatzkassen oder andere Sondereinrichtungen zu schaffen. Bei der Reichsanstalt soll darauf hingewirkt werden, daß folgende Gruppen von Arbeitsuchenden bevorzugt zur Vermittelung vorgeschlagen werden: 1. Einkommensträger kinderreicher Familien, 2. ältere Arbeiter und Angestellte, 3. Kriegsbeschädigte und Kriegsteilnehmer, die an der Front gestanden haben, und 4. Vertriebene aus den abgetretenen Gebieten, dem Auslande oder den deutschen Kolonien. Weiter soll für das gesamte Arbeitsrecht die Frage geklärt werden, inwieweit der Gartenbau zur Landwirtschaft oder zu den gewerblichen Betrieben zu rechnen ist.

Die Vorlage wurde darauf in dritter Lesung angenommen, ebenso die Entschließung der Regierungsparteien. Die namentliche Schlußabstimmung wurde zurückgestellt.

Bei der namentlichen Schlußabstimmung über den Entwurf eines

Kriegsgerätegesetzes

verlangte Abg. v. Graefe (Völk.) die Feststellung einer Zweidrittelmehrheit, da es sich um eine Verfassungsänderung handele, weil in die Reichssouveränität eingegriffen werde.

Die Vorlage wurde mit 349 gegen 44 Stimmen bei acht Enthaltungen angenommen. Dagegen stimmten geschlossen die Völkischen, die Nationalsozialisten und die Kommunisten. Präsident Löbe stellt fest, daß die Bedingungen für ein verfassungsänderndes Gesetz erfüllt seien.

Der Gesetzentwurf zur Verlängerung des Steuermilderungsgesetzes ging an den Steuerausschuß.

Die Schlußabstimmung über das Arbeitslosenversicherungsgesetz ergab die Annahme der Vorlage mit 346 gegen 47 Stimmen bei 16 Enthaltungen gegen Kommunisten und Nationalsozialisten.

Das Gesetz zum Schutze der Frauen vor und nach der Niederkunft und über Ratifizierung des Washingtoner Abkommens gleichen Inhalts wurden in zweiter und dritter Lesung angenommen, ferner eine Entschließung der Regierungsparteien auf baldige Vorlegung eines Gesetzes für den Mutterschaftsschutz auf dem Lande.

Ein Gesetzentwurf der Regierungsparteien auf Verlängerung des Gesetzes über Einstellung des Personalabbaues bis zum 31. Juli 1928 wurde in zweiter Lesung angenommen.

Das Haus vertagte sich auf Freitag.

Was sie schon wieder wollen!

Paris, 7. 7. Der „Temps" schreibt, daß die Aufgabe des Botschafterrates jetzt der Entmilitarisierung der deutschen Polizei zu gelten habe. Prinzipiell sei vom Reich das Recht der Nachkontrolle durch Besichtigung der Ostbefestigung zugestanden worden. (Unwahr!) Es unterliege deshalb keinen Schwierigkeiten, wenn der Botschafterrat auch die Nachkontrolle der deutschen Polizei beschließe. Vorläufig liegt dem Botschafterrat schon seit zwei Wochen der entsprechende Antrag Frankreichs vor (!).

Verhütung des Anschlusses

Rom, 7. 7. Da mit der Besichtigung der entfestigten Ostgrenze der letzte Vorwand für die Hinausschiebung der Rheinlandräumung fortgefallen wäre, hat die französische Politik, getreu ihrer schon während des Krieges betriebenen Taktik, gegen ein imaginäres Versprechen eine positive deutsche Zusicherung nach der anderen herauszulocken, ein Pfand nach dem andern sich zu sichern, ohne etwas dafür zu geben, um zu einer neuen Forderung Zuflucht genommen: der Verhütung des Anschlusses. Gleichzeitig von Paris und Wien aus wird im Ausland Stimmung dafür gemacht, daß Stresemann eine Verpflichtung in diesem Sinne eingehen müsse.

Die Offensive hat auf das gegebene Zeichen mit trefflicher Einhelligkeit eingesetzt, die Meldungen aus Paris und Wien stehen in der römischen Presse direkt untereinander, wobei der Zweck, Italien aufzustacheln, gar nicht lange verborgen wird. Der Pariser „Oeuvre" verkündet die Besorgnisse des französischen Botschafters in Wien über die Anschlußbewegung und erklärt, daß Stresemann sich darüber aussprechen müsse, sowie er sich entschließen sollte, die Rheinlandfrage aufzuwerfen.

Englands lächerliche Einwände

London, 7. 7. In maßgebenden Kreisen Londons betont man, daß nach der Besichtigung der zerstörten östlichen Befestigungsanlagen eigentlich einer Herabsetzung der Besatzungstruppen nichts mehr im Wege stehen würde. Leider habe Deutschland aber durch seine anfänglich widerspenstige Haltung in der Königsberger Frage England die Möglichkeit genommen, in Paris in der Besatzungsfrage vorstellig zu werden. Ein spontaner Akt Deutschlands liege zur Zeit leider nicht vor; aus welchem Grunde England in dieser Frage zur Zeit kaum etwas unternehmen könne. Ein solcher spontaner Akt sei es aber, der von Deutschland erwartet werde, um mit dessen Hilfe England die Möglichkeit zu geben, die Franzosen von der Unrichtigkeit ihrer eigenen Haltung zu überzeugen. England habe von sich aus nichts gegen eine Reduzierung der Besatzungstruppen einzuwenden. (Na also! Warum dann diese lächerlichen Einwände?)

Das preußische Konkordat

(Eigener Informationsdienst.)

Berlin, 8. Juli.

Während man über das vielbesprochene Reichskonkordat seit der letzten Erklärung Stresemanns im Reichstag in der Oeffentlichkeit überhaupt nichts mehr gehört hat, und ganz offenbar auch keinerlei Verhandlungen in dieser Hinsicht getätigt werden, wird unseren Informationen zufolge an den zuständigen Stellen in Preußen seit geraumer Zeit lebhaft an Vorschlägen gearbeitet, die einem preußischen Abkommen mit dem Vatikan zugrunde gelegt werden sollen, und zwar unter Mitarbeit des Zentrums. Die maßgebende Stelle ist natürlich das preußische Kultusministerium, und wie wir zuverlässig hören, wird die dort ausgearbeitete Vorlage demnächst dem preußischen Staatsministerium unterbreitet werden. Sie soll sich in ihrem Inhalt an das bayrische Konkordat anlehnen.

Die Frage der deutschen Militärattachés

Berlin, 7. 7. An die Frage der Entsendung deutscher Militärattachés haben sich in der in- und ausländischen Presse Erörterungen geknüpft, denen gegenüber von zuständiger Stelle erneut auf die Rechtslage hingewiesen wird, die nach deutscher Auffassung nach Artikel 179 des Versailler Vertrages vollkommen geklärt ist. Auch der Friedensvertrag von St. Germain enthält eine ähnliche Bestimmung, und die österreichische Regierung hat sich schon 1921 an die Botschafterkonferenz gewandt, mit dem Ersuchen um Interpretation des entsprechenden Artikels. Das Generalsekretariat der Botschafterkonferenz hatte dann am 28. Februar 1921 festgestellt, daß der Ausdruck Militärmission (solche sind uns verboten) nicht auf Militärattachés anzuwenden sei. Somit ist die Entsendung deutscher Militärattachés nur eine Frage der rein politischen Zweckmäßigkeit. Die Entsendung ist aber für Deutschland auch im Augenblick kaum aktuell, da sich für deutsche Militärsachverständige ohnehin Gelegenheit geboten hat und noch gibt, die sie interessierenden Fragen im Auslande zu studieren. Die Entsendung deutscher Militärattachés hängt davon ab, wann Deutschland hierfür den Zeitpunkt für gegeben ansieht. Die Reichsregierung verhält sich zunächst abwartend. Die Angelegenheit befindet sich im Stadium der Erwägungen. Beschlüsse sind noch nicht gefaßt worden. Bereits im Vorjahre haben deutsche Offiziere den englischen Manövern beigewohnt. Diese vollziehen sich nicht unter Ausschluß der Oeffentlichkeit, sondern haben im Gegenteil einen stark propagandistischen Wert. Die Reichswehroffiziere, die sich als Privatpersonen in Zivil nach England begeben haben, sind vom englischen Militärattaché in Berlin dazu aufgefordert worden. Ihr Besuch in England entbehrt selbstverständlich jeder aktuellen politischen Bedeutung.

Was sagt man in London dazu?

London, 8. 7. TU. Wie der diplomatische Korrespondent des „Daily Tel." berichtet, erklärt General Després, der französische Militärattaché in London, auf die Behauptung der französischen Presse, daß er an das französische Kriegsministerium einen kritischen Bericht über die Anwesenheit deutscher Offiziere bei den Hendleyer Luftmanövern gesandt habe, worin er lediglich die Tatsache ihrer Anwesenheit erwähnt habe, ohne irgend einer persönlichen Ansicht Ausdruck zu verleihen. Er habe nur die vom britischen Kriegsminister vertretene Ansicht verzeichnet, daß von einer amtlichen Teilnahme keine Rede sein könne, noch von einer amtlichen Einladung der deutschen Offiziere durch die britische Regierung. Nichtsdestoweniger habe, so meint der diplomatische Korrespondent, die bloße Feststellung der tatsächlichen Ereignisse durch den General Paris aus dem Konzept gebracht.

Bewegte Nachtsitzung der französischen Kammer

Paris, 8. 7. Die Nachtsitzung der Kammer, die fortgesetzt von Tumultszenen begleitet war, brachte eine endlose Reihe von namentlichen Abstimmungen. Poincaré hielt sich oft ostentativ von der Diskussion des Wahlreformgesetzes fern. Rechte und Kommunisten haben sich zu einer gemeinsamen Obstruktionsfront zusammengetan. Jede Gelegenheit, durch Auszählung der vorschriftsmäßigen Anzahl von 50 anwesenden Abgeordneten die Abstimmung herbeizuführen, wurde benutzt. Das Verhalten bezweckt nicht nur die Vertagung der Diskussion, sondern auch die Regierung zu einer Stellungnahme zu zwingen. Es gehe nicht an, so erklärte der Kommunist Berthon, daß die Ministerbänke leer seien und die Minister, voran der Ministerpräsident, sich vor einer Stellungnahme drückten. Pensionsminister Marins Standpunkt, der jedem, der es hören wolle, versichere, daß er gegen das Regierungsprojekt sei, genüge, um die Ansicht der Regierung über die Wahlreform zum Ausdruck zu bringen. „Poincaré muß her, oder es muß die Diskussion vertagt werden." Auch dies wurde abgelehnt, ebenso drei Vertagungsanträge der Rechten. Immer sind es etwa 300 bis 320 Stimmen, die frühere links-